

Ercheinungswelke:
Täglich mit Ausnahme
der Sonn- und Festtage

Anzeigenpreis:
a) im Anzeigenteil:
die Zeile 15 Goldpfennige
b) im Reklameteil:
die Zeile 50 Goldpfennige

Auf Sammelanzeigen
kommen 50% Zuschlag

Für Platzvorschriften
kann keine Gewähr
übernommen werden

Gerichtsstand für beide Teile
ist Calw.



Amts- und Anzeigebblatt für den Oberamtsbezirk Calw.

Bezugspreis:
In der Stadt 40 Goldpfennige
wöchentlich mit Trägerlohn
Post-Bezugspreis 40 Gold-
pfennige ohne Bestellgeld

Schluß der Anzeigen-
annahme 8 Uhr vormittags

In Fällen höherer Gewalt
besteht kein Anspruch auf Lieferung
der Zeitung oder auf Rückzahlung
des Bezugspreises

Fernsprecher Nr 9

Verantw. Schriftleitung:
Friedrich Hans Scheele
Druck und Verlag
der A. Oelschläger'schen
Buchdruckerei.

Nr. 288

Freitag, den 9. Dezember 1927

101. Jahrgang

Danziger Fragen vor dem Völkerbund

Ein Erfolg für Danzig

Das Völkerbundsutachten.

Genf, 8. Dez. Das von dem Engländer Sir Cecil Hurst und dem Italiener Pilotti für den Völkerbundsrat ausgearbeitete Gutachten in der Frage der Ingebrauchnahme der Westerplatte steht einleitend hinsichtlich der Überwachung der Sicherheitsvorschriften auf der Westerplatte fest, daß dieses Gebiet kein exterritoriales Recht genieße und insoweit die Souveränität Danzigs über die Westerplatte unberührt bleibe. Unter dem Vorbehalt zweier Punkte, nämlich Gebrauch des Geländes für die Vöschung von Munition und Aufstellung der Sicherheitsvorschriften durch einen gemischten Ausschuss bleiben die Rechte Danzigs auf seinem Gebiete unberührt. Bei der an Polen erteilten Konzession auf dem Westerplattengelände handle es sich um eine Berechtigung öffentlich-rechtlicher Art.

Von diesem Standpunkt aus erscheine das Recht Polens, auf der Westerplatte eine bewaffnete Abteilung als Wache für das Kriegsmaterial zu unterhalten, als ein Aufsichtsrecht, das auch die Verpflichtung in sich schließe, die Beachtung der Vorschriften seitens aller der polnischen Oberhoheit unterstehenden Personen sicherzustellen. Andererseits obliege es Danzig, als Inhaber der souveränen Gewalt, sich zu vergewissern, daß die von dem gemischten Ausschuss aufgestellten Vorschriften durchgeführt werden, wobei es nötigenfalls von dem Kommandanten der polnischen Wachabteilung die Befolgung der notwendigen Maßnahmen fordern kann. Danziger Beamte, die von ihrer Regierung beauftragt sind, die Beachtung der Vorschriften zu überwachen, sollen das Zutrittsrecht zu dem Gelände der Westerplatte zu diesem Zwecke haben und das Recht besitzen, zu fordern, daß die polnischen Behörden auf der Westerplatte ihre Amtsbefugnisse gegenüber Personen durchzuführen, die zu der Wache gehören, oder gegenüber den im Dienste der polnischen Regierung auf der Westerplatte beschäftigten Zivilpersonen.

Was die Zollfrage anbetrifft, so kommt das Gutachten nach einem allgemeinen Hinweis auf die Danzig-polnische Zollkonvention vom Jahre 1920 zu dem Schluß, daß Polen nicht das Recht besitze, die Danziger Beamten der Zollverwaltung auf dem Danziger Gebiete, also auch auf der Westerplatte, anzuschalten und daß die Regierung der Freien Stadt

das Recht habe, durch ihre eigenen Beamten den Schmuggel auf der Westerplatte zu verhindern und sich zu vergewissern, daß alle Waren, die auf der Westerplatte gelöst und nach Polen weiterbefördert werden, unter die Gruppe Kriegsmaterial und Sprengstoffe fallen.

Hinter verschlossenen Türen.

Genf, 8. Dez. Nach der öffentlichen Ratssitzung begaben sich sämtliche Ratsmitglieder in die Räume des Generalsekretärs Sir Eric Drummond zu einer Besprechung, an der auch der polnische Minister des Äußern Jaleski und der litauische Ministerpräsident Woldemaras teilnahmen.

II. Danzig, 9. Dez. Die Pressestelle des Danziger Senats erhielt gestern ein Telegramm der Danziger Delegation aus Genf, in dem es heißt, daß das juristische Gutachten den Danziger Standpunkt und die Danziger Forderung für vollberechtigt anerkennt und somit die Danziger Hoheitsrechte bestätigt. Das Gutachten stelle ferner fest, daß die Westerplatte nicht nur theoretisch, sondern auch praktisch Danziger Staatsgebiet unter Danziger Behördenaufsicht sei. Das bedeute einen großen moralischen Erfolg. Noch auf der Septembertagung drohte die Angelegenheit ungünstig für Danzig entschieden zu werden. Es wäre besser gewesen, wenn Danzig sofort auf die juristische Nachprüfung gedrungen und den Verhandlungsweg abgelehnt hätte. Auf dem Verhandlungsweg würde das jetzige Ergebnis niemals erreicht worden sein, da eine objektive Prüfung gefehlt hätte.

Erneute Verschleppung einer Danziger Frage in Genf.

II. Genf, 9. Dez. Der Völkerbundsrat behandelte gestern in seiner öffentlichen Nachmittagsitzung die Frage des polnischen Anlegehafens in Danzig. Auf Antrag des Berichterstatters, des spanischen Delegierten Villagas, wurde beschlossen, Polen und Danzig noch einmal zu unmittelbaren Verhandlungen unter dem Vorsitz des Völkerbunds-Kommissars und unter Mitwirkung des Präsidenten des Hafenausschusses aufzufordern, um dann zu einem endgültigen Abkommen über die Regelung des polnischen Anlegehafens in Danzig zu gelangen. Sollten die beiden Parteien bis vier Wochen vor Eröffnung der nächsten Ratstagung zu keiner Vereinbarung gelangen, so soll der Vorsitzende des Marineunterausschusses des Völkerbundes zwei Sachverständige bezeichnen, die sich nach Danzig begeben, um dann dem Rat Vorschläge für eine Regelung unterbreiten zu können.

Ein Oberschlesien-Appell

Dr. Stresemann an den Völkerbund

II. Genf, 8. Dez. In der heutigen öffentlichen Nachmittagsitzung des Völkerbundsrates erklärte Reichsaussenminister Dr. Stresemann zu der oberschlesischen Schulfrage, die Reichsregierung beabsichtige, an den internationalen Haager Schiedsgerichtshof zu appellieren, um eine endgültige Interpretation derjenigen Bestimmungen der Genfer Minderheitenkonvention herbeizuführen, die die Grundlage der Entscheidung des Völkerbundsrates vom März d. J. über den Besuch der Minderheitenschule in Oberschlesien bilden. Er beantrage, der Rat möge beschließen, die Entscheidung des Haager Schiedsgerichtshofes sodann als endgültige Regelung über die von der polnischen Regierung geforderte Prüfung der Schulkinder des Schuljahres 1927/28 für den Besuch der Minderheitenschulen anzuerkennen. Auf Vorschlag des Präsidenten beschloß sodann der Rat einstimmig, von der Erklärung Dr. Stresemanns Kenntnis zu nehmen und die endgültige Entscheidung über den Schulbesuch der Kinder des Schuljahres 1927/28 von der Entscheidung des Haager Schiedsgerichtshofes abhängig zu machen. In der Debatte, die Dr. Stresemann ausdrücklich daraufhin, daß der Märzbeschluss des Rates eine Einzelregelung für einen außerordentlichen Fall bedeute, der in keiner Weise die in der Genfer Minderheitenkonvention festgelegten Grundsätze berühre. Die „Oberschlesische Volksstimme“ zu der Entscheidung des Völkerbundsrates in der Schulfrage.

II. Gleiwitz, 9. Dez. Die „Oberschlesische Volksstimme“, das Organ der oberschlesischen Zentrumspartei, nimmt in ihrer Freitagausgabe zu der Entscheidung des Völkerbundsrates im oberschlesischen Schulkonflikt in einem Leitartikel Stellung, der die große Enttäuschung Oberschlesiens über die neue Entscheidung des Völkerbundes zum Ausdruck bringt. Aus der Tatsache, daß es der deutsche Außenminister gewe-

sen sei, der den Vorschlag gemacht habe, das Haager Schiedsgericht um eine authentische Interpretation zu ersuchen, könne man, so führt das Blatt u. a. aus, mit Sicherheit schließen, daß eine Einigung auf dem Boden des Rechts wieder einmal unmöglich gewesen sei und daß die übrigen Ratsmitglieder davor zurückgeschreckt seien, den polnischen Chauvinismus auf den klaren Wortlaut der Verträge und Abmachungen zu verweisen. Es wirke niederschmetternd, immer wieder erleben zu müssen, daß die deutsche Außenpolitik sich in dieser für das deutsche Volkstum so wichtigen Frage nicht durchsetzen könne. Obwohl die Rechtsinterpretation des Haager Schiedsgerichts nicht anders als im deutschen Sinne ausfallen könne, müsse doch die Frage gestellt werden, was geschehen werde, wenn Polen die Entscheidung des höchsten Gerichtshofes der Welt ebenso behandle wie die Entscheidung über die Stäckstoffwerke und ob der Völkerbund eingreifen werde, wenn Polen unter Mißachtung dieser Entscheidung die schulpolitische Unterdrückung des deutschen Volksteiles fortsetze.

II. Genf, 9. Dez. Zu den gestrigen Verhandlungen in der oberschlesischen Schulfrage im Völkerbundsrat wird von informierter deutscher Seite mitgeteilt, daß in den letzten Tagen weitgehende Beratungen zwischen den einzelnen Delegationen stattgefunden hätten. Die preussische Regierung hat Geheimrat Dürrich vom preussischen Kultusministerium zu diesen Verhandlungen entsandt. In den Verhandlungen sind weitgehende Differenzen zwischen der Auffassung des Berichterstatters Arratia und der Auffassung der deutschen Delegation festgestellt worden. In den Vorverhandlungen war nun die Formel der Einholung eines Gutachtens des Haager Schiedsgerichtshofes ausgearbeitet worden, die der Auffassung der Reichsregierung und der preussischen Regierung entspricht und die ein Zurückgehen auf die Bestimmungen der Minderheitenkonvention vorsieht. Die polnische Re-

Tages-Spiegel

Danzig hat in Genf einen Erfolg errungen, indem in der Westerplattenfrage die Völkerbundsjuristen ein für Danzig günstiges Gutachten abgegeben haben.

Der Völkerbundsrat beschloß auf Grund des Juristengutachtens durch eine Kommission die Souveränitätsfrage auf der Westerplatte festlegen zu lassen.

In der Sitzung des Völkerbundsrates kündigte Dr. Stresemann an, daß die Reichsregierung in der oberschlesischen Schulfrage den Haager Schiedsgerichtshof anrufen werde.

Nach der Ratssitzung fand eine Aussprache der fünf ständigen Ratsmitglieder in Anwesenheit von Woldemaras und Jaleski über die Behandlung des polnisch-litauischen Streitfalls statt.

Im preussischen und sächsischen Landtag hat man beschlossen, den Beamten bis Weihnachten einen Teil ihrer neuen Bezüge auszus zahlen.

In der französischen Kammer kam es bei der Beratung über elfassische Fragen zu großen Kämpfungen.

Die Entscheidung der Verhandlungen ausdrücklich zugegeben, daß die Entscheidung des Haager Schiedsgerichtshofes rückwirkend auf den Schulbesuch derjenigen Kinder wirkt, die in dem Schuljahr 1927/28 auf Grund der Sprachenprüfung ihren Schulbesuch vornehmen.

Frankreich

Kämpfungen in der französischen Kammer.

II. Paris, 8. Dez. In der französischen Kammer spielten sich heute nachmittag bei der Beratung der Budgetausgaben für Elsaß-Lothringen Kämpfungen ab, wie sie in diesen Räumen nur selten zu hören waren. Zu Beginn der Sitzung hatte Ministerpräsident Poincaré die Abgeordneten gebeten, auf eine politische Auseinandersetzung über die Verhältnisse in Elsaß-Lothringen zu verzichten und eine Aussprache für den Januar in Aussicht gestellt. Die Abgeordneten von Elsaß-Lothringen erklärten sich mit diesem Vorschlag der Regierung einverstanden mit Ausnahme des Kommunisten Hueber, der auf seine Angriffe gegen die Regierung nicht verzichten wollte und, von der Kammer häufig unterbrochen, die schärfsten Angriffe gegen sie richtete. Er begann mit der Feststellung, daß es eine elfass-lothringische Frage gebe, nachdem man den Elfässern trotz aller Versprechen ihre Wünsche nicht erfüllt hätte. Die Dinge in Elsaß-Lothringen ständen schlecht, da die Regierung sich nur um die Interessen der Großindustriellen und der hohen Beamten kümmere. Die Elfässer hätten den Frieden, der ihr Land Frankreich ausgeliefert hätte, nicht unterzeichnet und sie wären nicht gewillt sich den Launen der Sieger zu fügen.

Poincaré unterbrach ihn mit heftigen Worten und warf Hueber vor, ein Vertreter des Anschlusses von Elsaß-Lothringen an Deutschland und kein Verfechter der Autonomie zu sein. Er beschuldigte Hueber, seine Eigenschaft als Abgeordneter mißbraucht zu haben und nach Frankreich in seinem Koffer deutsche Propagandaschriften eingeführt zu haben, um die Bevölkerung aufzureizen.

Deutschland

Die Saardelegation bei Dr. Stresemann.

II. Berlin, 9. Dez. Wie Berliner Blätter aus Genf melden, hat Reichsaussenminister Dr. Stresemann im Laufe des Donnerstag die Saardelegierten empfangen und mit ihnen alle politischen und wirtschaftlichen Fragen des Saarlandes besprochen. U. a. kam auch der Eisenbahnerstreik zur Sprache. Die Frage der Kreditbedürfnisse des Saarlandes ver sprach der Reichsaussenminister den zuständigen Stellen zu übergeben. Einen wichtigen Teil der Besprechung bildete die Frage der kommenden Erneuerung der Regierungskommission.

Schlichtungsverhandlungen in der Eisenindustrie am Samstag.

II. Berlin, 9. Dez. Wie Berliner Blätter melden, hat der vom Reichsarbeitsminister ernannte Schlichter, Oberlandesgerichtsrat Dr. Jötten, die Schlichtungsverhandlungen zur Beilegung des Lohnkampfes in der Eisenindustrie auf Samstag vormittag anberaumt.

Kleine politische Nachrichten

Ein neuer Zwischenfall in Germersheim.

M. Berlin, 8. Dez. Wie Berliner Blätter melden, hat sich dieser Tage in Germersheim ein neuer Befehlswort-Zwischenfall ereignet. Ein Maurer, der mit einem Lehrling einen Handwagen zog, mußte einer von hinten kommenden Kompanie französischer Infanterie ausweichen und so lange warten, bis die Truppen vorbeimarschiert waren. Dann wollte der Maurer seinen Weg fortsetzen, ohne rechtzeitig zu bemerken, daß noch eine Kompanie folgte. Als der Offizier, der die vordere Abteilung führte, das sah, rief er den Wagen herum, stürzte sich auf den Maurer und mißhandelte ihn durch Faustschläge und Kniehöfe. Dann wurde der Maurer von dem Offizier, einem Sergeanten und drei Soldaten mit aufgeschraubtem Seitengewehr nach der Kaserne und von da in das französische Gendarmariegebäude geführt, von wo er erst nach langem Verhör entlassen wurde.

Schwarzbrennerei und Monopolsteuerhinterziehung in Landau (Pfalz).

In Landau hatte sich am Mittwoch der Brennereibesitzer Georg Müller aus Landau wegen Schwarzbrennerei und Monopolsteuerhinterziehung zu verantworten. Es handelt sich um eine der größten Monopolsteuerhinterziehungen, die je die Gerichte beschäftigt. Von der Zollfahndungsstelle Ludwigshafen a. Rh. war festgestellt worden, daß Müller insgesamt 37 768 Liter reinen Alkohol hinterzogen und damit die Steuerbehörde um rund 142 000 M. betrogen hatte. Ferner wurden Müller Doppelbuchungen in seinen Weinbüchern zur Last gelegt. Das Urteil gegen Müller lautete wegen fortgesetzten Schwarzbrennens auf 6 Monate Gefängnis und eine Geldstrafe von 348 000 M. oder weitere 3 Monate Gefängnis. Außerdem wurde Müller ein Wertersatz von 98 170 M. sowie Tragung der Kosten des Verfahrens auferlegt. 2099 Liter reinen Alkohols verfallen der Beschlagnahme.

Zu den abgebrochenen Lohnverhandlungen in der Großhessenerindustrie.

M. Essen, 7. Dez. In den heute mittag abgebrochenen Arbeitszeit- und Lohnverhandlungen in der Großhessenerindustrie wurde vom Deutschen Metallarbeiterverband zunächst der Versuch gemacht, die von den Werken beschlossenen Stilllegungen, die er als Provokation von Arbeitgeberseite hinstellte, zum Gegenstand der Verhandlungen zu machen. Nachdem dies von Arbeitgeberseite nachdrücklich zurückgewiesen worden war, waren die Arbeitnehmer schließlich zu Verhandlungen bereit. Es zeigte sich aber, daß die Gewerkschaften auch jetzt noch nicht in der Lage waren, einheitliche Forderungen zu stellen. Sie hielten vielmehr die einzelnen Forderungen der verschiedenen Gewerkschaftsrichtungen aufrecht. Daraufhin wurden die Verhandlungen ergebnislos abgebrochen.

Um die Verleihung des Nobelfriedenspreises für 1927.

M. Berlin, 8. Dez. Wie ein Berliner Blatt aus Oslo meldet, verlautet dort mit Bestimmtheit, daß der Nobelfriedenspreis für 1927 an Prof. Ludwig Quidde und Ferdinand Boisson je zur Hälfte verliehen worden sei. Beide Preissträger sollen bereits auf dem Wege nach Oslo sein.

Kritik an der tschechoslowakischen Handelspolitik.

M. Prag, 8. Dez. Im Abgeordnetenhaus wurde gestern der Handelsvertrag der Tschechoslowakei mit der Türkei und das Nachtragsabkommen mit Oesterreich beraten. Der Vorsitzende der Deutschnationalen Fraktion, Abg. Dr. Köhler, bemängelte, daß gerade mit den für die Tschechoslowakei wichtigsten Staaten Handelsverträge schlossen. Es fehle ein Vertrag mit Deutschland und der Vertrag mit Ungarn hänge an einem Faden. Die Ursache sei darin zu suchen, daß das Schwergewicht bei dem Abkommen von Handelsverträgen im Außenministerium liege. Die Zukunft werde aber lehren, daß die Staaten, mit denen die Tschechoslowakei nach Auffassung der Tschechen politisch verbündet sein müssen, wirtschaftlich auf die Tschechoslowakei nicht die geringste Rücksicht nehmen. Man könne dies bereits ziffernmäßig in handelspolitischer Beziehung mit Frankreich nachweisen. Es sei auch kein Geheimnis, daß der Vertrag mit Oesterreich nur infolge eines politischen Druckes von Frankreich auf die Tschechoslowakei zustande gekommen sei. Das Anschlußgespenst stehe dahinter. Es sei bekannt, daß Oesterreich nicht lebensfähig sei, aber nichtsdestoweniger werde mit allen Mitteln gegen den Anschluß an Deutschland gearbeitet. Dafür würden Oesterreich Konzessionen gemacht. Der Anschluß werde aber doch kommen, denn er liege auf der Linie der unhaltbaren Entwicklung.

Die Studentennunnen in Großwardein.

M. Belgrad, 8. Dez. Bei den Studentennunnen in Großwardein sind 4 Personen getötet und 40 verwundet worden. Die Redaktionen und Druckereien von zwei ungarischen Zeitungen, die Einrichtungen der katholischen Vereine, die Wohnung des Oerrabbiners und das Lyzeum wurden zerstört. Die Polizei erwies sich gegenüber den Demonstranten machtlos. Zahlreiche Straßenpassanten wurden von den Demonstranten verprügelt, sofern sie der rumänischen Sprache nicht mächtig waren. Die Ladeneinrichtungen ungarischer Kaufleute sind zum größten Teil zertrümmert worden. Die Auslagen wurden auf die Straße geworfen.

M. Berlin, 8. Dez. Wie Berliner Blätter aus Budapest melden, forderte in der Mittwochssitzung des ungarischen Abgeordnetenhauses ein demokratischer Abgeordneter im Zusammenhang mit den Ausschreitungen in Großwardein die Regierung auf, die notwendigen Maßregeln zu treffen und den Fall dem Völkervertrag zu unterbreiten. Der stellvertretende Ministerpräsident erklärte, er werde sich in der Ange-

legenheit mit dem in Genf weilenden Ministerpräsidenten in Verbindung setzen. Er habe keinen Zweifel, daß der empörende Zwischenfall in Genf volle Beachtung finden werde.

Journalistenbesuch beim Prinzen Carol.

M. Paris, 8. Dez. Ein Vertreter des „Petit Journal“ und ein amerikanischer Berichterstatter stellten dem Schloßherrn in der Normandie einen Besuch ab, in dem Prinz Carol lebt. Von dem Sekretär des Prinzen wurde den beiden Journalisten eine Erklärung abgegeben, in der u. a. festgestellt wird, daß Carol seit der Freisprechung Manolescus keinem Journalisten ein Interview gewährt habe. Alle Berichte der angeblichen Unterhaltungen mit dem Prinzen seien infolgedessen aus der Luft gegriffen. Täglich eintreffende Telegramme aus allen Kreisen der rumänischen Bevölkerung bewiesen die Anhänglichkeit des Volkes an den Prinzen. Der Thronverzicht sei wegen politischer Bedrückungen erfolgt. Der Prinz halte sich für allein berechtigt, das Werk seines Vaters zu vollenden. Die Regentenschaft sei durch ihre Zusammensetzung in eine Art Kabinettrierbüro umgewandelt, das den Interessen eines einzelnen Mannes dienen solle. Manolescus Freispruch komme einem Keulenschlag für den Gegner des Prinzen gleich. Der Freispruch sei ein Beweis dafür, daß zum mindesten das Heer seinem wirklichen Chef ergeben sei. Nach Abgabe dieser Erklärung habe sich Prinz Carol den Journalisten persönlich gezeigt. Er habe es als seine Aufgabe bezeichnet, die Einigung des rumänischen Volkes zu verwirklichen, indem er dem einstimmigen Ruf des Landes Folge leiste.

Vor der Mißtrauensdebatte im Unterhause.

M. London, 8. Dez. Die gestrige Mißtrauensdebatte im Unterhaus findet nicht mehr ganz das Interesse, das der Aussprache vor einigen Wochen unmittelbar nach den Wahlen im Unterhaus sicher war. Die Arbeiterpartei selbst hat sich in der Zwischenzeit zu einer ruhigeren Einstellung durchgerungen. Lediglich die Rede des Führers der nichtpolitischen Gewerkschaften, Spencer, der aus der Arbeiterpartei ausgestiegen ist, wird vielleicht einige Unruhe hervorrufen. Der Mißtrauensantrag wird durch Macdonald begründet werden.

Die „Times“ richtet eine dringende Mahnung an die Opposition, die zweifellos sehr ernste Lage im Kohlenbergbau nicht durch nutzlose Schaustücke zu verschlimmern. Die große Masse des englischen Volkes sei direkt von dem Bergbau abhängig und die anhaltende ernste Depression dieser Industrie müßte sich naturgemäß auf das ganze Land im stärksten Maße auswirken. Auf Seiten der Bergwerksbesitzer sei der allgemeine Wunsch festzustellen, sich nunmehr ernsthaft an die Reformierung des englischen Bergbaues heranzumachen. Die Bergarbeiter und die Arbeiterpartei würden dem Lande mehr Nutzen bringen, wenn sie an der Bergbaureform mitarbeiten würden.

Die deutsch-polnischen Wirtschaftsbesprechungen beendet.

Die deutsch-polnischen Wirtschaftsbesprechungen wurden heute mit kurzen Erklärungen des deutschen Verhandlungsführers Frowein und des polnischen Verhandlungsführers von Zychlinski geschlossen. Letzterer lud die deutschen Verhandlungsteilnehmer ein, die gegenseitige Aussprache am 27. und 28. Januar 1928 in Warschau fortzusetzen.

Ein russischer Vorschlag zur Regelung der Wilnafrage.

Nach Meldungen aus Moskau fand im Moskauer Außenministerium nach Eintreffen der Zirkularnote der litauischen Regierung eine Konferenz statt. Es wurde beschlossen, zunächst keine Schritte im polnisch-litauischen Konflikt zu unternehmen. In Kreisen der russischen Regierung glaubt man, daß trotz der Wilnafrage die Aufnahme diplomatischer Beziehungen zwischen den beiden Ländern möglich ist. Die Wilnafrage solle durch eine Volksabstimmung geregelt werden. — Die Garantieverhandlungen mit dem polnischen Gesandten in Moskau sollen Anfang nächster Woche aufgenommen werden.

Aus aller Welt

Ermordung eines deutschen Missionars.

Ueber die in China erfolgte Ermordung des aus Obergirch stammenden Paters Hermengild Wäldele durch Räuber berichtet ein Amtsgenosse des Verstorbenen Einzelheiten: Am 3. November in der Frühe hatte Hermengild die hl. Messe gelesen. Dann machte er sich nach dem Frühstück auf den Weg zu uns. Sein Diener begleitete ihn. Es war ein schöner Herbstmorgen. Nach etwa 2 1/2 stündigem Ritt kam er hoch in die Berge zu einem Dorf namens Fung-dja-yau. Im Dorfe stellten sich ihm drei Soldaten (Räuber) in den Weg und verlangten, daß Hermengild mit seinem Diener absteige und ihnen in ihr Quartier folge, da sie ihr Gepäck untersuchen wollten. In einem Hofe mußte der Diener den Bettflack vor den Tieren nehmen, der gründlich, vor allem nach Geld, untersucht wurde. Als die Räuber nichts fanden, was sie brauchen konnten, glaubte Hermengild, er könne die Tiere wieder satteln lassen, was die Räuber nicht zuließen und die Tiere für sich beschlagnahmten. Nach den Aussagen seines begleitenden Dieners war Hermengild sich der Lage wohl bewußt; er war Räubern in die Hände gefallen. Diese verlangten, daß Hermengild seine Kleider ausziehe. Anstandslos gab er ihnen seinen Oberkittel und, nachdem sie auch seine anderen Kleider haben wollten, verlangte Hermengild nach ihrem Führer. Die Räuber versprachen, ihn zu dem Führer zu bringen. In Begleitung eines derselben verließ Hermengild als erster schweigend und ernst den Hof. Kaum waren sie einige Schritte gegangen, da legte der ihm folgende Räuber an und schoß Hermengild durch den Kopf. Der folgende Diener sah Hermengild lautlos vorüberfliegen, während er selbst von den Räubern sofort gefesselt und mit fortgeführt wurde. Er konnte aus deren Händen am andern Morgen entkommen.

Eine furchtbare Familientragödie.

Die 26jährige Ehefrau eines Bergarbeiters in Nidervort bei Zwickau hat sich mit ihren drei Kindern im Alter von 5, 8 und 1 1/2 Jahren durch Teichglas vergiftet. Die Ursache dieser furchtbaren Familientragödie soll in den mißlichen Verhältnissen des Ehepaares gelegen haben.

Eisenbahnunglück im Nebel.

Vor der Station Peterborough-Nord in Mittelfland fuhr heute vormittag während dichten Nebels ein Personenzug auf einen Güterzug auf. Der Gepäckwagen des Personenzuges wurde schwer beschädigt. Der anschließende Personenzug wurde in zwei Teile geschnitten. Ein Reisender wurde schwer verletzt. Aus verschiedenen anderen Bezirken werden Störungen im Eisenbahnverkehr wegen starken Nebels gemeldet doch sind größere Unglücksfälle nirgends zu verzeichnen.

Ein schweres Eisenbahnunglück in Spanien.

Wie die Mittagspresse aus Oviedo in Spanien meldet, fand ein Zusammenstoß zwischen einem Güter- und einem Personenzug an der Grenze der Provinz Asturien statt. Bis jetzt wurden 2 Tote und zahlreiche Verletzte unter den Trümmern geborgen. Man befürchtet, daß noch weitere Tote unter dem Zuge begraben sind.

Württ. Landtag

M. Stuttgart, 8. Dez. Der Finanzausschuß des Landtages begann gestern die Beratung der Innenverwaltung. Der Berichterstatter Dr. Schermann (Z.) berichtete über eine Eingabe der Stadtgemeinde Forchheim betr. die Errichtung einer Kraftwagenlinie Forchheim-Bohmstuthausen. Auf verschiedene Beschwerden und Wünsche erklärte der Innenminister Holz, daß das Ministerium nicht aufzufordern sei und daß es kein Interesse daran habe, der Errichtung von Kraftwagenlinien Schwierigkeiten zu machen. Diese gehen von der Reichsbahn und der Reichspost aus und das Ministerium sei durch Reichsgesetz gebunden, auf diese beiden Faktoren Rücksicht zu nehmen. Auf Beschwerden eines Redners des Bauernbundes über die Vorschriften zur Körperkulturbeförderung erwiderte der Minister, daß diese Vorschriften auf das Drängen der Körperkulturbünde erlassen worden seien. Auf die Ausführungen eines sozialdemokratischen Redners zur Frage der Staats- und Verwaltungsvereinfachung erwiderte der Minister, daß die bevorstehende Vorlegung der neuen Gemeinde- und Bezirksordnung zu beratenden Erörterungen Gelegenheit geben werde. Es sei Sache des kommenden Landtags, das heisse Eisen einer Neuordnung der Bezirke anzugreifen. Ein Zentrumredner beklagte die Störung der Nachruhe durch Lastkraftwagen. Er betonte, das Land habe im allgemeinen eine sparsame Wirtschaft, aber im Reich könnte noch viel gespart werden. Ein sozialdemokratischer Redner wandte sich gegen die Neuschaffung von Doppelarbeit im Reich. Ein demokratischer Redner erklärte, an der Aufrechterhaltung der Kleinstaaterei bestehe kein Interesse und eine zweckmäßige Neugliederung des Reiches sei notwendig. Auch noch viele andere Redner äußerten sich zur Frage des Einheitsstaates. Minister Holz erklärte, daß mit der Durchführung des Gesetzes zur Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten die Oberamtsärzte beauftragt wurden. Die Landesversicherungsanstalt Württemberg soll die Fürsorge übernehmen und der Stadt Beiträge leisten. Die Eingabe der Stadtgemeinde Forchheim wurde der Regierung zur Erwägung überwiesen. Angenommen wurden ein Antrag des Bauernbundes und der Bürgerpartei, wonach Lastwagen von drei Tonnen ab und entsprechende Anhänger nur mit Kleinfahrtreifen zugelassen werden sollen und wonach die Gemeinden für solche Wagen innerhalb Eiters nur eine beschränkte Geschwindigkeit zulassen sollen, ferner ein Antrag Dingler (B.B.), Dr. Schermann (Z.), bei der Genehmigung von Autolinen, die hauptsächlich auch der Arbeiterklasse zugute kommen, möglichstes Entgegenkommen zu zeigen, weiterhin ein Antrag August Müller (B.B.) betr. Erleichterung der Vorschriften über Feuerungsanlagen zu Gunsten der ländlichen Verhältnisse und schließlich ein Antrag Dr. Wiber (B.P.) und Voß (Z.), das Staatsministerium möge die Schaffung eines gemeinsamen Ausschusses aus Vertretern des Landtages, des Innen- und Wirtschaftsministeriums, sowie der beteiligten Gemeinden und Amtskörpern zum Zweck der Beratung über die Schaffung eines Zweckverbandes für Regelung von Verkehrsfragen in der Umgebung von Stuttgart anregen. Berichterstatter Dr. Schermann brachte die Sprache auf die Verhältnisse der Oberamtsparlamente und stellte mit Dr. Schall (Dem.) einen Antrag, der Anordnungen dafür verlangt, daß die leitenden Stellen bei den Oberamts- und Gemeindeparkassen nur solchen Personen übertragen werden, die die erforderlichen Kenntnisse nachgewiesen haben. Dr. Schermann erörterte dann auch eingehend die Frage der Aufwertung von Sparkassenguthaben. Minister Holz erklärte, bezüglich der Aufwertung sei den Gemeinden und Bezirken Freiheit gelassen, es sei aber die Mahnung an die Gemeinden ergangen, ihren gesetzlichen und moralischen Pflichten nachzukommen. Die Tendenz des Antrags Dr. Schermann und Dr. Schall fand Zustimmung, aber es wurden Bedenken für die Handhabung der Aufwertung geltend gemacht und deshalb der Antrag zurückgezogen. Die Kapitel 13 und 14 wurden genehmigt. Nächste Sitzung Freitag nachmittag.

Für den Weihnachtsbedarf
empfehle ich mein reichsortiertes Lager

in
Damasten in allen Qualitäten
Halbleinen schmal und breit
Baumwollflanelle
für Hemden und Kleider
Trikotagen jeder Art
wollenen Bettüchern
Herren-, Damen- und Kinderwäsche
fertiger Bettwäsche
Tischtüchern u. Servietten
Tischdecken, Teegedecken
Hand- und Frottiertüchern

Bettvorlagen

Stickereien und Klöppelspitzen
in reicher Auswahl.

FRANZ SCHOENLEN

Aussteuergeschäft

Calw — Obere Marktstraße 36



Ihr Junge

wünscht sich einen
mechanischen Baukasten

Einen solchen finden Sie als

Matador-Baukasten

mit Holzteilen oder als

Märklin-Baukasten

mit Metallteilen bei

Hermann Kurtz, Stuttgart

Spielwarehaus am Marktplatz

Alle Nummern und Einzelteile sowie Zusatzapparate sind stets vorrätig — Spezialprospekte über Märklin-Spielzeuge u. Baukasten, Gesellschaftsspiele etc. kostenlos

Hirsau.

Hotel „Löwen“

Samsta-
und
Sonntag

Reheffen

mit Spätzle.

Otto Stolz.

Altburg.

Am Samstag und Sonntag
halte ich



Mehel-Suppe

und lade höflichst ein

D. Burkhardt z. Hirsch

Bad Teinach

Am Samstag und Sonntag
halte ich

Mehel-Suppe



und lade hierzu freundlichst ein

Johannes Pfommer
Gasthaus z. Zavelstein.

Café Hammer

ist unter

Nummer 250

an das Telephon-Netz angeschlossen.

Der
Kanarien-Verein Altbürg. u. Umgebung
hält am **Samstag und Sonntag**,
den 10. u. 11. Dezember 1927 seine

1. große Vereins-Ausstellung
im **Restaurant Weiß** in **Calw**

verbunden mit konkurrenzjüngenden Vögeln sowie
Ochsenhähnen. Es
singen Kanarien
können auch gute
werden. — Saal-
den 10. Dezember
Vogelreunde und
Eache ladet ein
kommen nur gut-
zur Verlosung u.
Eänger gekauft
öffnung Samstag
vormittags 11 Uhr
Öbmer unjerer
der **Aussch.**



Schreiner-Zwangssinnung!

Am nächsten **Samstag**, den 10. Dezember 1927, nach-
mittags 3 Uhr findet im **Weiß'schen Saal** eine

Sinnungs-Versammlung

mit folgender Tagesordnung statt:

1. Erledigung der Geschäftsangelegenheiten vom Jahre 1927.
2. Abänderung der Satzung § 2, Absatz 4.
3. Bericht über die Obermeisterversammlung in Stuttgart.
4. Verschiedenes (Beize-, Maschinen- und Kalkulationskurse).
5. Einzug der Beiträge.

Vollzähliges Erscheinen erwartet

der **Vorstand.**

Altburg.

1902 Einladung. 1927

Alle im Jahre 1902 Geborenen von Alt-
burg und Umgebung werden auf **Sonntag**,
den 11. Dezember 1927, nachmittags
4 Uhr, zu einer

25er-Feier

ins **Gasthaus zum „Dörsen“** höflichst
eingeladen.

Mehrere Altersgenossen.

Wir beehren uns zu unserer am **Samstag**,
den 10. Dez. 1927 im **Gasthof z. „Löwen“**
in **Calw** stattfindenden

Hochzeitsfeier

freundlichst einzuladen,

Karl Hagel, Wilberg
Else Schötle, Calw.

Richtung 1 Uhr.

Wohlfeile Werbewoche

mit 10 Prozent Rabatt auf alle Waren

Schluß Sonntag, 11. d. M. abds. 5 Uhr

Paul Ränchle + am Markt + Calw

Am **Sonntag**, den 11. und **Sonntag**, den 18. Dezember 1927 ist mein Geschäft von 1/1 Uhr bis 5 Uhr geöffnet!

Damen-Konfektion



zu
außergewöhnlich billigen
Weihnachts-Preisen!

- Velour-Mäntel** mit reichen
Pelzbesätzen 36.-, 29.-, 19.-, **14⁵⁰**
- Velour-Mäntel** in besten
Qualitäten,
mit u. ohne Pelzbesatz 52.-, 39.-, 25.-, **19⁵⁰**
- Ottoman-Mäntel** reinwooll.
Qualitäten,
m. Plüsch-o. Pelzgarnitur 52.-, 42.-, 36.-, **29⁰⁰**
- Ottoman-Mäntel** in erst-
klassigen
Qualitäten, gefüttert 79.-, 59.-, **49⁰⁰**
- Kinder-Mäntel** in denkbar
größter Aus-
wahl, in allen Stoffarten 25.-, 15.-, 12.-, **7⁵⁰**

Krüger & Wolff

PFORZHEIM

Das große Spezialhaus für Damen-Konfektion

Großer Weihnachtsverkauf

zu bedeutend ermäßigten Preisen.
Prüfen Sie bitte unsere Qualitäten und Preise, u. Sie werden finden,
daß wir Ihnen Außergewöhnliches bieten.

Einige Beispiele:

- Herren-Hosen** 22.-, 17.50, 14.50, 12.50, 10.-, 9.50, 7.50, 5.50, **4.25**
- Herren-Mäntel** 85.-, 75.-, 56.-, 45.-, **32.-**
- Herren-Anzüge** 85.-, 75.-, 65.-, 50.-, 40.-, **30.-**
- Herren-Losenjoppen, gefüttert** 21.-, **14.-**
- Herren-Overnemen** 9.50, 7.50, 5.50, **4.25**
- Einsatzhemden** 5.50, 4.50, 3.50, 2.50, **2.-**
- 1 Posten getürrte Unterhosen** **4.25, 3.75**

Socken, Kravatten und Handschuhe
in größter Auswahl und zu billigsten Preisen

Damenkleider 40.-, 35.-, 32.-, 28.-, 25.-, 21.-, 17.-, 14.50, 12.-, **9.50**

Damenmäntel 60.-, 55.-, 50.-, 45.-, 40.-, 35.-, 28.-, 25.-, **19.-**

Damenwesten mit Pelzbesatz 17.50, 14.50, **13.50**

Sämtliche Damenwäsche zu den denkbar billigsten Preisen

Knabenhosen von 2.95 an — Burschenhosen von 3.95 an

Ein Posten gestrickte Knabenanzüge bis 10 Jahre 9.75

Ein Posten Knaben-Sweateranzüge 9.50, 8.50, **7.50**

Knaben-Manchesteranzüge 21.- bis **12.-**

Blaue Matrosen-Mäntel 17.50 bis **11.-**

Windjacken f. Damen, Herren u. Knaben in allen Preislagen

Kinderkleider von 2.25 an

Calwer Wolldecken in großer Auswahl

Betttücher 6.-, 4.75, 3.50, **2.95**

Tischdecken 15.- bis **3.50**

1 Posten Wachtuch 2.25, **1.95**

1 Posten Anzugstoff m von 25.- bis **5.-**

Bettvorlagen von 95 Pfg. an — Hemdenflanell von 62 Pfg. an

Taschentücher von 10 Pfg. an

Sämtliche Manufakturwaren

haben wir im Preise bedeutend herabgesetzt, sodaß es für
jedermann leicht ist, seinen Weihnachtsbedarf bei uns zu decken.
Trotz dieser billigen Preise erhält jeder Käufer beim Einkauf von
Mk. 5.— an ein praktisches Geschenk.

Geschwister Kleemann, Calw

Obere Biergasse 128

Beachten Sie bitte unsere Schaufenster!

Bestellen Sie das „Calwer Tagblatt“.

Zur
**Weihnachts-
Bäckerei:
Springerles-
Mehl
Konfektmehl
Auszugsmehl
00—0-Mehl**

Sämtl. Backartikel
in bester Qualität mit Rabatt

F. Nonnenmacher

Fernsprecher 164

Fenster- Leder

in großer Auswahl
empfiehlt

Albert Wochele
Lederhandlung.

Gebrauchte

Nähmaschinen

(auch größere für Schneider)
unter jeder Garantie sind
wieder zu haben bei

Friedrich Herzog
beim Nögle

Consum-

Berein Calw

Bestellungen

auf
Maßgänse

für die
Festtage

bitten wir sofort in
unseren

Verteilungsstellen
aufzugeben

Kinderlos. Ehepaar (Dauer-
mieter) sucht auf 1. April
sonnige

3-Zimmer- Wohnung.

Angebote wollen unter
Sch. Nr. 252 an die Gesch.-
St. ds. Bl. eingereicht werden

Pfannkuch

Stopf- Mais

Pfannkuch

Nähmaschinen

Erfagteile

und Reparaturen

Ehr. Widmaier
Möb. Werkstätte



Wer in treuer Pflichterfüllung



trotz Regen und Schnee, tödtischem
Nebel und eisiger Kälte seiner Ar-
beit Tag für Tag nachgehen muß,

wer unter allen Umständen auf
seinem Posten ausharren muß,
darf nie vergessen, daß die Ge-
sundheit sein höchstes Gut ist.

Einige Wybert-Tabletten im Munde
schützen den Rachen vor Erkäl-
tung und Infektion und wirken
wie Balsam auf die Atmungs-
organe.

Wybert-Tabletten stillen den Durst,
halten Kehle und Mund dauernd
frisch, verderben weder die Zähne
noch den Magen und bewahren Sie
vor Ansteckung und Unbehagen.

Wybert



1 Mark
Apotheken und Drogerien

4 Vorfenster
1 Bettlade samt Koff
verkauft
Jakob Gall, Vorfstadt.

Geige

als Weihnachts-Geschenk
passend, verkauft. Wer,
sagt die Geschäftsst. ds. Bl.



Passende Weihnachtsgeschenke

für Herren: **Zefirhemden**
in großer Auswahl
Kravatten — Selbstbinder
Handschuhe — Hosenträger
Taschentücher

empfiehlt
Franz Schoenlen, Calw
Obere Marktstraße 36.

Achtgeben!



Es gibt nur
ein

Palmin

feinstes Erco-Speisefett zum Kochen, Braten, Backen

Untrügliche Kennzeichen:

Großschrift „Palmin“
und Namenszug

D. F. H. H. H.

Alleinige Hersteller: **H. Schirck & Co. A.-G. Hamburg**